

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

23. Oktober

3

Haben Sie
Fragen zu den
Wahlen?



Gratis-Hotline: 0800 002 444

Sonderfall Schweiz 4

Mit grosser Sorge schauen wir gegenwärtig über die Grenzen



SVP-Familienfest 8

Über 6'000 Menschen sind für die Schweiz eingestanden



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

AN DIE URNE!



Jetzt ist genug!

Masseneinwanderung stoppen

Schweizer wählen SVP



Die Partei des Mittelstandes



Jetzt SVP-Wähler mobilisieren!

Am kommenden 23. Oktober 2011 wird das eidgenössische Parlament neu gewählt. Gewinnt unsere Schweizerische Volkspartei (SVP) die Wahlen, haben wir gute Chancen, unsere Positionen sowohl im Parlament wie später auch im Bundesrat nachhaltig zu stärken. Wird die SVP gestärkt, wird die Schweiz gestärkt. Im National- und Ständerat braucht es darum mehr SVP.

Warum? Es ist absehbar, dass in der kommenden Legislatur der Druck vom Ausland auf die Schweiz noch zunehmen wird. Die bankrotten EU-Staaten und die USA werden mit allen Mitteln versuchen, dort etwas zu holen, wo es etwas zu holen gibt. Dazu kommt, dass der Drang vieler Schweizer Politiker Richtung EU unvermindert anhält und unser Staat ebenso unverantwortlich ausgebaut werden soll, wie dies in anderen Staaten zum Desaster geführt hat. Darum braucht es die SVP. Wir sind noch die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer verteidigt und für die Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes kämpft.

Unsere Schweiz lebt von der direkten Mitsprache des Volkes. Das Volk ist die höchste Ebene des Staates und hat das letzte Wort. Mit dem Stimm- und Wahlzettel entscheiden Sie als Stimmbürger über die Geschicke unseres Landes. Wir dürfen nicht aufgeben. Auch wenn, wie aktuell bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative,

der Bundesrat Arbeitsverweigerung betreibt. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn Mehrheitsentscheide des Volkes akzeptiert werden. Und zwar nicht von Fall zu Fall. Der Volkswille ist auch zu respektieren und umzusetzen, wenn die SVP eine Abstimmung gewinnt. Ansonsten wird die direkte Demokratie ad absurdum geführt und unterlaufen. Darum werden wir uns unbeirrt für die buchstabengetreue Umsetzung der Ausschaffungsinitiative einsetzen. Es ist ein klarer Auftrag des Schweizer Volkes und die SVP wird hier nicht ein Jota nachgeben.

Wenn wir mit unseren Anliegen im Parlament nicht durchkommen, so werden wir von Fall zu Fall auch künftig auf die Strasse gehen und Unterschriften sammeln müssen. So wie wir das in den letzten Monaten mit der Familieninitiative und der Initiative zur Volkswahl des Bundesrates gemacht haben.

Aktuell sammeln wir für unsere Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung, damit wir wieder selber bestimmen können, welche Ausländerinnen und Ausländer für wie lange in unser Land kommen dürfen. Wir wollen nichts anderes, als die Handlungshoheit über die Einwanderung wieder zurückerlangen. Selber steuern, notfalls begrenzen und auch für den Arbeitsmarkt gezielt auswählen können. Dies ist selbst in den liberalsten Staaten dieser Welt – denken sie an Kanada, USA oder Australien – eine Selbstverständlichkeit.

Wahlen vom 23. Oktober – wichtigste Abstimmung in dieser Legislatur

Deshalb seien wir uns bewusst, dass vor uns die wichtigste sachpolitische Abstimmung in dieser Legislatur steht. Der 23. Oktober 2011 ist matchentscheidend und wird auf die Entwicklung der Schweiz einen grossen Einfluss haben. Die SVP und sämtliche Kandidierenden sind gerüstet, um sich gemäss unserem Parteiprogramm auch in der kommenden Legislatur für die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler, also einer lebenswerten Schweiz, einzusetzen. Deshalb bitte ich Sie: Werben Sie mindestens einen neuen SVP-Wähler – in der Familie, in der Verwandtschaft, in der Nachbarschaft, im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz! Auf Sie kommt es an; jede Stimme zählt. Mund zu Mund-Propaganda ist und bleibt die beste Werbung. Stellen Sie auch sicher, dass Ihre Verwandten und Bekannten an den Wahlen teilnehmen und eine SVP-Liste einwerfen (auch bei mehreren SVP-Listen im Kanton nur eine Liste einwerfen!). Bei den Ständeratswahlen machen Sie bitte darauf aufmerksam, dass nur der SVP-Ständeratskandidat hingeschrieben wird und die zweite Linie leer gelassen wird (bei Halbkantonen gibt es natürlich keine zweite Linie). Besten Dank für Ihre Stimme für die SVP.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Brunner'.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz



ACHTUNG ! WICHTIG!

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 12. September bis am 23. Oktober können Sie sich kostenlos über die Wahlen 2011 informieren. Wir sind von Montag bis Freitag von 07.00 – 21.00 Uhr und am Samstag von 07.00 – 17.00 Uhr für Sie da.

Kontaktieren Sie uns über Skype!

Skype-Name: **svp_schweiz**

So wählen Sie SVP:

1. Nehmen Sie das Bündel mit den Nationalrats-Wahlzetteln aus dem Kuvert mit den Wahlunterlagen.
2. Trennen Sie **eine SVP-Liste** von den übrigen Wahlzetteln. (Der Name der Liste steht oben neben der Listennummer). Falls es mehrere SVP-Listen gibt, **entscheiden Sie sich für eine Liste** (wer mehrere Listen ins Stimmcouvert legt bewirkt, dass die Stimmabgabe ungültig ist).
3. Nehmen Sie den Ständerats-Wahlzettel aus dem Kuvert mit den Wahlunterlagen und füllen Sie den Ständerats-Wahlzettel aus:
Name, Vorname des SVP-Ständeratskandidaten.
Schreiben Sie nur den SVP-Kandidaten auf die Liste. Die anderen Zeilen lassen Sie bitte leer.
4. Nehmen Sie den Stimmrechtsausweis aus dem Kuvert mit den Wahlunterlagen und unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis im Feld mit dem Titel Unterschrift.
5. Nehmen Sie **die beiden Wahlzettel und den unterschriebenen Stimmrechtsausweis** und legen Sie diesen ins Kuvert, in welchem Sie alle Unterlagen erhalten haben. Achten Sie darauf, dass als Zieladresse nicht Ihre eigene Adresse erscheint und verschliessen Sie das Kuvert.
6. Werfen Sie das frankierte Kuvert in den nächsten Briefkasten oder bringen Sie es direkt im Wahllokal Ihres Wahlkreises vorbei und werfen es dort in die Urne.



Schweiz stärken!

So wählen Sie richtig:

Kanton Zürich

Wahlzettel
für die Wahl von zwei Mitgliedern des Ständerates
Erster Wahlgang vom 23. Oktober 2011

Zwei Mitglieder des Ständerates

Name	Nähere Angaben wie: Vorname, Beruf, Wohnort usw.
1. <i>Blocher</i>	<i>Christoph</i>
2. _____	_____

* Bitte leer lassen, wird vom Wahlbüro ausgefüllt

Wahlanleitung auf der Rückseite!

In den
Ständerat Blocher

4 Sonderfall Schweiz

Besorgter Blick ins In- und

Mit grosser Sorge schauen wir gegenwärtig über die Grenzen, in die Nachbarländer, auf das übrige Europa, auf andere Kontinente. Wir müssen feststellen, dass viele Staaten unter einer enormen Schuldenlast ächzen, weil sie allzu lange weit über ihre Verhältnisse gewirtschaftet haben. Sie alle lebten mit der Kreditkarte ihrer Kinder und hofften, dass erst die künftigen Generationen das Desaster auslöffeln müssen.



von Nationalrat Christoph Mörgele,
Uri (ZH)

Jetzt suchen die Politiker nach ständig neuen Möglichkeiten der Besteuerung und greifen ihren Bürgern immer hemmungsloser in die Tasche. Eines aber bleibt klar: Wo Politiker zu viel ausgeben, werden Staaten zu Dieben! Die USA leiden unter einer so unvorstellbaren Schuldenlast, dass die Kreditwürdigkeit dieses Staates sogar erstmals grundsätzlich angezweifelt wird. Die Europäische Union erweist sich mitsamt der butterweichen Euro-Währung als intellektuelle Fehlkonstruktion. Die EU mit

ihrer gemeinsamen Währung ist eine Idee von Theoretikern, Technokraten und Gutmenschen.

Man übergang in Brüssel die Lebenswirklichkeit und hörte nicht auf ökonomische Einwände. Heute finanzieren die Tüchtigen die Faulen. Statt auf die europäische Stärke vieler eigenständiger Staaten unter stetem Austausch, Wettbewerb und Unterschied setzte man in Brüssel

auf Gleichmacherei, Zentralismus und Bürokratie. Gemeinsame Verträge sind das Papier nicht wert, auf denen sie stehen. Es wird getrickst, gefälscht und geschummelt.

Die Politiker und Funktionäre haben in dieser EU immer mehr, die Bürger immer weniger zu sagen.

Warum wollen alle in die Schweiz?

Der Schweiz geht es vergleichsweise noch wesentlich besser. Darum drängen

so viele in unser angeblich so abgeschottetes, isoliertes Land: die Armen, die sich hier ein besseres Leben erhoffen, die Arbeitnehmer, die hier noch eine Arbeit finden, die

“*Die Schweiz muss ihre Zuwanderung wieder selber regeln können, und zwar unter Berücksichtigung der jeweiligen Wirtschaftslage und unter Bevorzugung der einheimischen Arbeitskräfte.*”

Reichen, die ihr Vermögen hierher bringen, damit sie in ihren Herkunftsländern nicht bis aufs Hemd geplündert werden. Nirgendwo sonst finden sich solche Löhne, solche Renten, ein vergleichbares Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem, diese Sicherheit, diese Lebensqualität.

Warum steht die Schweiz heute besser da als das Ausland? Einzig wegen des Erfolgsmodells unserer Schweiz, das wir von der SVP seit Jahrzehnten so entschieden verteidigen: Unabhängigkeit gegen Aussen, Föderalismus gegen Innen, direkte Demokratie mit selbstverantwortlichen Bürgern, bewaffnete Neutralität, sparsamer Staat, weltoffene Marktwirtschaft.



Ausland

Hätte die SVP in den letzten zwanzig Jahren nicht ständig Nein gesagt, gäbe es in der Schweiz wohl kaum mehr etwas zu holen.

Die Linken und die Mitteparteien hätten längst dafür gesorgt, dass wir dieselben Fehler wie die andern gemacht hätten: Beitritt zu EWR und EU, Erhöhung der Mehrwertsteuer, immer mehr Staatsausgaben, immer höhere Verschuldung, immer höhere Abgaben und Gebühren, immer mehr Sozialleistungen, immer mehr Staatsangestellte, immer frühere Renten. Kurz: Der Weg der andern ist der griechische Weg mit allen verheerenden Konsequenzen, der Weg der SVP ist der schweizerische Weg.

Stopp der Masseneinwanderung

Die Masseneinwanderung in unser Land beschäftigt die Schweizerinnen und Schweizer wie kaum sonst ein anderes Problem. Doch die Politik schaut lieber weg. Kein Wunder! In der geschützten Werkstatt von Bundesrat, Parlament und Bundesverwaltung gibt es keine Immigration.

Die unkontrollierte Masseneinwanderung wird aber zum Problem für die ganz normalen Schweizerinnen und Schweizer: am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Schulen, im Ausgang, bei der persönlichen Sicherheit. Ein Staat, der nicht mehr selber über seine Zuwanderung bestimmen kann, ist kein souveräner Staat mehr.

Die Schweiz muss ihre Zuwanderung wieder selber regeln können, und zwar unter Berücksichtigung der jeweiligen Wirtschaftslage und unter Bevorzugung der einheimischen Arbeitskräfte. Unsere Zuwanderungspolitik soll auch dem Interesse der Schweiz, nicht ausschliesslich dem Interesse der Zu-

wanderer dienen. Der Wirtschaft ist nicht geholfen, wenn ein grosser Teil der Zuwanderer vom Staat abhängt, statt zur privatwirtschaftlichen Wertschöpfung beizutragen. Darum hat die SVP ihre Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ gestartet. Wir wollen wieder selber bestimmen können, wen wir in unserem Land haben wollen und wen nicht.

Asylantismus läuft aus dem Ruder

Unter Bundesrätin Ruth Metzler (CVP) erreichten die Asylgesuche 2002 den traurigen Rekord von

“ Unter Bundesrätin Ruth Metzler erreichten die Asylgesuche 2002 den traurigen Rekord von 27'000. Ihr Amtsnachfolger Christoph Blocher vermochte diese Zahl im Jahr seiner Abwahl auf 10'000 zu reduzieren. ”

27'000. Ihr Amtsnachfolger Christoph Blocher (SVP) vermochte diese Zahl im Jahr seiner Abwahl auf 10'000 zu reduzieren. Blocher ist es auch zu verdanken, dass seit 2006 nicht gegen 10'000 Gesuche von Irakern ohne Asylgrund in aufwendigsten Verfahren geprüft und womöglich teilweise anerkannt wurden.

Seit 2008 läuft das Asylwesen wieder völlig aus dem Ruder. Eveline Widmer-Schlumpf stürzte das Migrationsamt durch ihre „Reorganisationen“ ins absolute Chaos, um sich nach kurzer Zeit in ein anderes Departement abzusetzen. Simonetta Sommaruga war bislang nicht fähig, neben Ankündigungen wirklich etwas Konkretes zu bewegen. 2011 dürfte ein neues Rekordjahr seit 2002 werden. In ein-

zelnen Kantonen – etwa in St. Gallen unter Regierungsrätin Karin Keller-Sutter – herrscht ein Asyl-Feudalismus, in welchem jene bleiben können, welche die richtigen Politiker kennen und am meisten Lärm veranstalten.

Die SVP verlangt endlich wirkungsvolle Schritte und die dringend notwendigen Korrekturen: Das herrschende Asylgesetz ist konsequent durchzusetzen, die Verfahren sind mit einer unverzüglichen Gesetzesrevision zu beschleunigen, das Dienstverweigerer-Problem mit Eritrea muss angegangen werden.

Schweizer wählen SVP!

Damit uns nicht fremde Richter regieren, damit wir nicht von einer Masseneinwanderung überrannt werden, damit uns das Asylproblem nicht über den Kopf wächst, gibt es am 23. Oktober nur eine Antwort: Schweizer wählen SVP!

Wer zu den Grundsäulen unseres Erfolgsmodells Schweiz steht, hat keine Alternative. Die SVP ist heute die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber zu jenen Werten steht, welche die Schweiz stark gemacht und die uns unsere Vorfahren in schweren Kämpfen errungen und überliefert haben.

Es ist höchste Zeit, die SVP zu wählen! Damit unser Zuhause, unsere Heimat, unsere Schweiz das bleibt, was sie ist: Ein unabhängiger Kleinstaat mit festen Wänden, aber mit offenen Fenstern in alle Welt. Damit wir alle wieder genau das aus tiefster Seele aussprechen können, was der schweizerische Bundespräsident im Jahr 1941 – mitten im Zweiten Weltkrieg – zu einem Zeitpunkt höchster Gefahr für unsere unversehrten Grenzen aussprach: „Herrgott, ist es schön, Schweizer zu sein!“

6 Ausschaffungsinitiative

Ausschaffungsinitiative – nö

52,9% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer befürwortet. Der Gegenentwurf des Parlaments wurde in sämtlichen Kantonen verworfen. Eine klare Ausgangslage für den Gesetzgeber. Doch weit gefehlt: Die linken Parteien weigern sich hartnäckig, den Volksentscheid umzusetzen.



von Kantonsrat Gregor Rutz,
Küsnacht (ZH)

Die Ausgangslage wäre eigentlich klar: Mit der Zustimmung von Volk und Ständen am 28. November 2010 wurde der Text der Ausschaffungsinitiative Teil des schweizerischen Verfassungsrechts. Bundesrat und Parlament haben nun den Auftrag, den besagten Verfassungsartikel umzusetzen. Bereits die Arbeit der Expertenkommission, welche das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingesetzt hatte, zeigte aber: Die Verwaltung und verschiedenste politische Kräfte haben nach wie vor grosse Vorbehalte gegenüber diesem Volksentscheid. Namentlich die linken Parteien werden alles daran setzen, dass die Ausschaffungsinitiative nicht sinngemäss umgesetzt werden kann.

Verhältnismässige Regelungen

Bereits im alten Strafgesetzbuch existierte eine Regelung zur Landesverweisung – sie hatte bis 2006 Gültigkeit. An diese Bestimmung knüpft die Ausschaffungsinitiative an. Im Gegensatz zur früheren Regelung soll den Strafrichtern hinsichtlich der Aussprechung von Landesverweisen aber kein Ermessen mehr zukommen: Wird ein Straftäter aufgrund eines bestimmten Delikts verurteilt, muss er die Schweiz zwingend verlassen. Gleichzeitig ist eine Einreiseperr von min-

destens fünf Jahren zu verhängen.

Die SVP-Vertreter in der EJPD-Kommission unterbreiteten zu Beginn der Arbeit bereits einen umfassenden Deliktskatalog. Dieser Deliktskatalog umfasst einerseits schwere Delikte wie Mord, Raub oder Vergewaltigung. Weiter sind im Katalog Delikte enthalten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse gefährden oder beeinträchtigen – wie beispielsweise Einbruchdelikte oder Drogenhandel.



Die Mehrheit will „schwarze Schafe“ in deren Heimat zurückschicken. Es ist inakzeptabel, dass Behörden diesen Volkswillen unter dem Vorwand des internationalen Rechts zu umgehen versuchen.

Die Tatsache, dass die Ausschaffungsinitiative die Landesverweisung als zwingende Folge der genannten Delikte vorsieht, steht nicht im Widerspruch zum Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Im Gegenteil: Bereits das alte Strafrecht kannte solche Tatbestände. Handelt es sich um Notwehr

oder Bagatelldfälle, bestehen bereits heute strafrechtliche Bestimmungen, nach welchen die zuständige Behörde von einer Strafverfolgung, einer Überweisung des Falls an das Gericht oder einer Bestrafung absehen kann.

Mitte-Links will Ausnahmeregelungen

Die Ausschaffungsinitiative will die heterogene kantonale Ausweisungspraxis vereinheitlichen. Gleichzeitig sollen die Verfahren gestrafft werden. Diese Zielsetzung passt den Mitte-Links-Parteien nicht – darum wollen sie bezüglich des Deliktskatalogs deutlich weniger weit gehen als die SVP. Eine Landesverweisung soll nur ausgesprochen werden können, wenn eine Mindeststrafe von sechs Monaten vorliegt. Andernfalls soll auf diese Massnahme verzichtet werden.

Dass die Mindeststrafe mit dem Gegenentwurf in allen Kantonen verworfen worden ist, wird geflissentlich übersehen. Dass somit über 80% der Straffälle nicht mehr betroffen wären, wird ebenfalls verschwiegen. Der Grund dafür ist klar: Es soll alles unternommen werden, um die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative zu verhindern. Einzig so ist es zu erklären, dass der Entwurf der Kommissionsmehrheit unzählige weitere Ausnahmemöglichkeiten schafft: Auch humanitäre, prozessuale oder schwerwiegende persönliche Gründe sollen angeführt werden können, um eine Landesverweisung zu verhindern.

Aktuelle Fälle zeigen Notwendigkeit

Gerade der Fall in Interlaken zeigt, welche Folgen die unkontrollierte Einwanderung zeitigen kann: Kosovaren

tiger denn je!

Gegenüberstellung

	Variante SVP		Variante Kommissionsmehrheit	
Mindeststrafe	keine Mindeststrafe (16 408 Fälle)		6 Monate (3 392 Fälle)	
EU-Bürger	Landesverweisung (3 183 Fälle)		diverse Vorbehalte (784 Fälle)	
Ausnahmen	nur zwingendes Völkerrecht (Non-Refoulement)		- Völkerrecht generell - humanitäre Gründe - prozessuale Gründe - persönliche Gründe	

Die von der SVP vorgeschlagene Umsetzungsvariante hätte zur Folge, dass bis zu 20'000 kriminelle Ausländer pro Jahr ausgeschafft werden könnten. Nur jene wenigen Fälle, die sich auf das Non-Refoulement-Prinzip berufen können, dürften in der Schweiz bleiben. Die Variante der Kommissionsmehrheit hingegen würde eine Ausschaffung in weniger als 4'000 Fällen erlauben und missachten somit den Volkswillen.

provozierten zwei friedliche Schweizer, welche beim Feierabendbier in einem Gartenrestaurant sassen. Der eine Schweizer wurde lebensgefährlich verletzt. Die Täter konnten gefasst und in Untersuchungshaft genommen werden.

Aufschlussreich sind die familiären Hintergründe: Der Haupttäter ist vorbestraft wegen Körperverletzung und hatte Rayonverbot, weil er gegenüber seiner Frau gewalttätig geworden ist. Die Scheidung steht bevor. Seine Frau lebt mit den Kindern von der Sozialhilfe. Mit dem Umsetzungsvorschlag der SVP hätte der Täter bereits früher ausgeschafft werden können. Nach der heutigen Behördenpraxis jedoch ist die Chance intakt, dass er in der

Schweiz bleiben kann und somit weiterhin ein Risiko für die öffentliche Sicherheit in unserem Land ist.

Die Stellungnahme der Medienkommission der Schweizer Bischofskonferenz ist symptomatisch für die vernebelte Wahrnehmung der Realität durch die linken politischen Kräfte: Das SVP-Inserat, welches den Vorfall in Interlaken anprangerte, sei eine „gotteslästerliche Menschenverachtung“, hiess es in der entsprechenden Verlautbarung aus Freiburg. Die Inserate der SVP seien ein „erneuter Dammbruch in der politischen Kultur der Schweiz“. Die Frage, ob es allenfalls auch eine Sünde ist, einen friedlichen Bürger lebensgefährlich zu verletzen, lassen die Kirchenfunktionäre offen.

Fazit: Umsetzung vorantreiben

Die Folgerung aus den bisherigen Arbeiten ist klar: Die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative muss rasch geschehen. Weder völkerrechtliche noch verfassungsmässige Bedenken sind begründet – einzig der Unwille der Initiativgegner, dass die Praxis der Behörden mit dem Volksentscheid vom November 2010 geändert werden muss, steht einer Umsetzung entgegen. Eine aus demokratischer Sicht absurde Haltung: Eine Initiative ist immer darauf ausgerichtet, das Rechtssystem zu verändern und die Behörden zu zwingen, ihre Praxis der neuen Regelung anzupassen. Eine Initiative aber so in die bisherige Gerichtspraxis einzupassen, dass möglichst wenig geändert werden muss, ist absurd.

8 Familienfest

6'000 Schweizerinnen und Schweizer auf dem Bundesplatz für die Schweiz

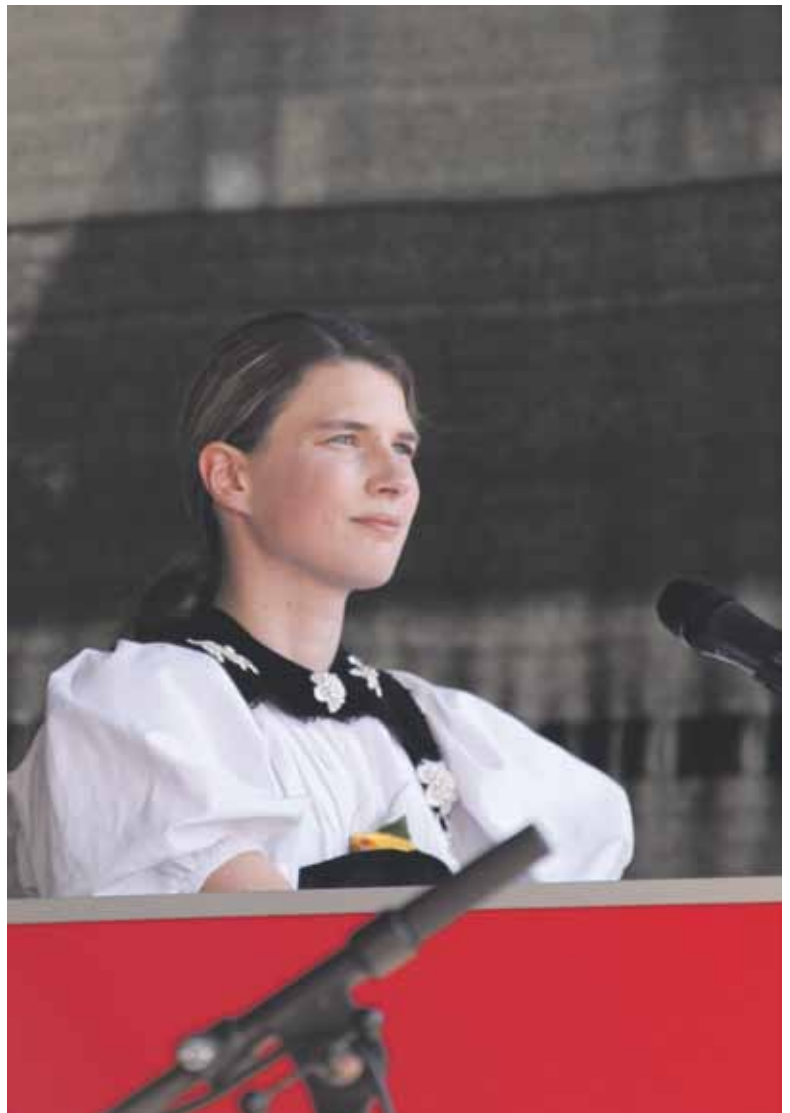
6'000 Mitglieder und Sympathisanten der SVP aus der ganzen Schweiz sind am 10. September mit über 60 Reisecars, Zügen, Postautos und Privatautos nach Bern ans SVP-Familienfest gereist. Darunter zahlreiche Kinder, über 250 Treichler, einige Alphornbläser und viele Fahnen- und Trachtenträger. Die SVP-Exponenten thematisierten und kritisierten in ihren Referaten die Politik des Anpassertums gegenüber der EU, die Arbeitsverweigerung des Bundesrates bei der Umsetzung des Volkswillens und die ungelösten Probleme in der Ausländer- und Asylpolitik.



Auch Bundesrat Ueli Maurer war in festlicher Laune. Anhand einer Fabel mahnte er zu Vorsicht vor Augenwischerei.



Unter den Besuchern befanden sich zahlreiche Familien mit Kindern. Dabei hat die SVP auch an deren Vergnügen gedacht.



Nadja Pieren, OK-Präsidentin, war sichtlich erfreut, 6'000 Schweizerinnen und Schweizer auf dem Bundesplatz willkommen zu heissen.



Schweizer sind auf dem eingestanden



„Schweizer wählen SVP“. Für die SVP steht fest: Nur wer die schweizerische Unabhängigkeit unterstützt, ist ein echter Schweizer. Die anderen Parteien wollen den EU-Beitritt.

Toni Brunner, Christoph Blocher und Yvan Perrin haben den Blick fürs Wesentliche: Die Wahlen vom 23. Oktober 2011.



Inserate

Wir sind das Volk und ein demokratisches Volk hat immer Recht

Wir betreiben für Sie die folgenden Blogs zur freien Meinungsbildung:

www.politlog.ch

www.media-srf.ch

Ihre Meinung ist wichtig und wir nehmen sie gerne entgegen!

Senden an: wo@insideswitzerland.ch

SIROX
Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive
Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

10 Masseneinwanderung

Zuwanderung: Wer zieht di

Die Zahl von heute 7 Milliarden Menschen auf der Welt wird gemäss UNO-Schätzungen bis ins Jahr 2050 auf 9 Milliarden ansteigen. 9'000'000'000 Frauen und Männer, welche Unterkunft, Strom, Nahrung, Wasser und Mobilität benötigen. Sagenhafte 228'000 Menschen kommen jeden Tag hinzu. Düstere Aussichten für eine Welt, in der heute schon jeder siebte Mensch Hunger leidet. Die Belastung der Erde durch die Menschheit, unabhängig von Rasse, Staatszugehörigkeit oder Religion stösst an die Grenze. Wenn jährlich 83 Millionen zusätzliche Menschen hinzukommen, entspricht dies in etwa der Bevölkerung von Deutschland, jährlich notabene.



von Nationalrat Thomas Fuchs,
Bern (BE)

Für die Schweiz sehen die Prognosen bei der Bevölkerungsentwicklung ähnlich aus. Das Bundesamt für Statistik beschreibt in drei interessanten Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung, wie viele Einwohner 2060 in der Schweiz wohnen werden. Offen bleiben die Fragen, wo diese Leute arbeiten werden, mit welchen Verkehrsmitteln sie unterwegs sind und wie viele Kinder und Familien es noch geben wird. Aufgrund der Einwanderung, der steigenden Lebenserwartung und der zunehmenden Geburten

von Ausländern könnte gemäss dem hohen Szenario die Bevölkerungszahl in der Schweiz auf 11,3 Millionen Personen anwachsen.

Wo werden diese Leute wohnen, wo arbeiten? Die von linken Utopisten beschworene 2'000 Watt-Gesellschaft wird damit zur Makulatur.

Der Anteil der Personen über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung wird sich gemäss mittlerem Szenario bis 2060 von 17 auf 28 Prozent (oder von 1,3 auf 2,5 Millionen Personen) erhöhen. Die Zahl der Erwerbspersonen wird von 4,5 Millionen per Ende 2009 auf 4,7 Millionen im Jahr 2021 ansteigen und anschliessend bis Ende 2060 auf 4,6 Millionen zurückgehen. Kommen heute auf 100 Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 64 Jahren 32 Personen im Rentenalter (über 65), so dürften es 2060 bereits 61 Rentner pro 100 Erwerbspersonen sein. Eine positive Entwicklung erwartet man beim Bildungsniveau. Dieses wird weiter ansteigen. Das heisst aber auch, dass die Anforderungen an die Jugendlichen weiter steigen werden und die Konkurrenz aus der EU zu ei-

ner Herausforderung für die einheimischen Arbeitskräfte wird.

Haben heute 35 Prozent der 25- bis 64-jährigen einen Hochschulabschluss

oder eine höhere Berufsbildung, so werden es ab 2045 bereits 60 Prozent sein. Düstere Aussichten also auch für Industrie und Gewerbe. Handwerkliche Berufe werden dadurch wei-

ter unattraktiv und in 20 Jahren wird man wohl Maurer und Dachdecker mit Hochschulabschluss suchen müssen. Das in der Schweiz bewährte System der Berufslehre ist in Gefahr.

Der Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, die nach der obligatorischen Schule keine weitere Ausbildung durchlaufen haben, dürfte von heute 13 Prozent auf unter 8 Prozent sinken. Bei der ausländischen Wohnbevölkerung geht man aber immer noch von rund 20 % aus. Offen bleibt, wie hoch die Zuwanderung an schlecht integrierbaren Migrant*innen sein wird, also Personen aus Randgebieten der erweiterten EU und aus Krisengebieten anderer Kontinente.

Es hat sich schon in der Vergangen-

“ Wir wollen keine Zuwanderung in die Sozialwerke, deshalb ist auch der Familiennachzug dringend restriktiver zu regeln und auf ein völkerrechtliches Minimum zu beschränken. ”



Die SVP macht gegen die Masseneinwanderung mobil. Jetzt ist genug. Unterschreiben Sie die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. Unterschriftsbogen bestellen: info@masseneinwanderung.ch

e Notbremse?

Entwicklungen 2008 bis 2060

gemäss dem mittleren Szenario des Bundesamtes für Statistik

	2008	2060
Durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau:	1.48	1.52
Lebenserwartung der Männer:	79.7	86
Lebenserwartung der Frauen:	84.4	90
Einwanderung pro Jahr:	184'297	??

Bevölkerungszahl

2008: 7'701'900

2060: 8'992'000

9 Millionen
im Jahr 2060

“

Aufgrund der Einwanderung, der steigenden Lebenserwartung und der zunehmenden Geburten von Ausländern könnte gemäss dem hohen Szenario die Bevölkerungszahl in der Schweiz gar auf 11,3 Millionen Personen anwachsen.

”

heit gezeigt, dass gerade diese Leute die Schweiz leider immer finden und von uns oft noch mit dem Familiennachzug belohnt werden. Die Entwicklung des Bildungsniveaus der ausländischen Bevölkerung ist daher schwieriger vorherzusagen, weil es von einer grossen Zahl von Faktoren beeinflusst wird: Dazu gehören die Integration der Ausländerinnen und Ausländer und der Studienerfolg der in der Schweiz geschulten ausländischen Bevölkerung.

Integration kann man jedoch nicht verordnen und es ist leider eine Tatsache, dass sich viele Menschen hier gar

nicht integrieren wollen, da sie vor allem aus rein wirtschaftlichen Gründen Zuflucht suchen.

Die Zuwanderung sehr gut qualifizierter Personen wird die Schweiz zwar weiterbringen. Wichtig ist aber, dass wir die Entscheidungsmöglichkeiten in der eigenen Hand behalten. Was wir brauchen, ist eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik und nicht offene Türen für jedermann.

Wir wollen keine Zuwanderung in die Sozialwerke, deshalb ist auch der Familiennachzug dringend restriktiver

zu regeln und auf ein völkerrechtliches Minimum zu beschränken.

Die Szenarien des Bundesamtes lassen leider eine der wichtigsten Fragen offen: Wie steht es bis 2060 um unsere Sicherheit? Die Erfahrungen und Beispiele der letzten Monate und Jahre lassen nichts Gutes erahnen. Immer mehr Mitbürger fühlen sich nicht nur in der Nacht, sondern auch tagsüber in Innenstädten und abgelegenen Strassen nicht mehr sicher.

In Bezug auf Gewalt und Kriminalität haben wir unterdessen das traurige EU-Niveau erreicht. Die Täter werden immer brutaler und haben immer weniger zu befürchten.

Die Zahl der weltweiten Konflikte wird weiter zunehmen und die Migrationsströme werden dadurch weiter verstärkt. Der Kampf um die Ressourcen wird ebenso unumgänglich sein, wie die Tatsache, dass das Wasser knapp wird. Wir können über kurz oder lang nicht unseren Lebensstil als Wunschziel für die Entwicklungsländer aufrecht erhalten.

Aber wer ist bereit, Abstriche zu machen, wer ist bereit, wieder in eine kleinere Wohnung zu ziehen? Der Ruf nach einer globalen Umverteilung wird lauter werden.

Die Prognosen der SVP wurden von links stets ignoriert, schöngeredet und auf Einzelfälle reduziert. Fakt ist: Es braucht mehr Polizeipräsenz, mutigere Richter und harte Strafen sowie eine Schweiz, die selbstbewusst gegenüber ausländischen Staaten auftritt.

Am 23. Oktober 2011 stellen Sie die politischen Weichen bis 2015! Wahltag muss Wahltag sein.

Nutzen Sie diese einmalige Chance!



Hans Kaufmann
Wieder in den Nationalrat

Standort Schweiz sichern!

2x auf Ihre Liste **1**

SVP
Die Partei des Mittelstandes

www.HansKaufmann.ch

Probleme rund um ein Bauprojekt
Bauherrschaften
Architekten - Bauleiter - Handwerker

Bauherrencoaching und Bauherrenvertretung
Verträge - Planung - Ausführung - Expertisen
Unsere Fachkompetenz spart Geld + Ärger

Homepage www.rts-baumanagement.ch
E-Mail rtsbaumanagement@bluewin.ch
RTS Baumanagement GmbH, Olten 062 293 15 09

Einladung

1. Teil: Öffentliche Veranstaltung, Kultur & Kongresshaus Aarau KUK,
Freitag, 7. Oktober 2011, 19.30 Uhr (Saalöffnung 18.30 Uhr)

«So widersteht die Schweiz dem Druck.»

■ Vorstellung der Nationalratskandidaten

■ **Christoph Blocher** und **Roger Köppel** im Gespräch

Anmeldung nicht erforderlich, Eintritt frei

2. Teil:
VIP-Apéro riche mit Christoph Blocher und Roger Köppel
Unkostenbeitrag und Apéro riche für 2. Teil Fr. 60.00
Anmeldung erforderlich:
info@svp-bezirk-aarau.ch
SVP BEZIRK AARAU

GOAL GLOSSAR

Positionierung

abgel. v. «Position»; <lat.> positio (Stellung, Lage)

Positionierung

Wer nicht weiss, wo er steht, kann auch nicht verständlich kommunizieren. Deshalb erarbeiten wir mit unseren Kunden als Erstes eine genaue Lageanalyse. Das ist die Grundlage des Erfolgs!

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Der "Freie Bürgerclub Jura-Südfuss", eine lose Vereinigung bürgerlich gesinnter Personen aus den Kantonen Solothurn und Aargau, unterstützt den Wahlkampf der SVP Schweiz mit einem namhaften, fünfstelligen Betrag und hofft, der Zustupf möge mithelfen, dass die kommenden eidg. Wahlen zu einem durchschlagenden Erfolg werden.



Anlässlich eines Besuches mit einer 35-köpfigen Delegation im "Haus zur Freiheit" in Ebnat-Kappel wurde dieser Betrag bar an den Präsidenten der SVP Schweiz, Nationalrat Toni Brunner, übergeben.

v.l.n.r. Walter Gurtner SVP-Kantonsrat SO, Toni Brunner SVP-Präsident, H.U. Mathys alt SVP-Nationalrat AG und Bruno Kammermann Unternehmer SO

Nein zur Schüler-Sexualisierung

Eine Petition weckt Aufsehen. Vor kurzem gestartet, sind bereits nahezu 40'000 Unterschriften eingegangen.



von Nationalrat Ulrich Schlüer,
Flaach (ZH)

Solchen Zuspruch erfährt die Petition «gegen die Sexualisierung der Volksschule». Das «Kompetenzzentrum» für Sexualpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) will für alle Volksschulen der Schweiz verbindliche Sexualerziehungs-Programme einführen für alle Altersstufen – obligatorisch vom vierjährigen Kindergärtner bis zur fünfzehnjährigen Oberstufenschülerin. Mit dem Lehrplan 21 sollen diese Programme eingeführt werden.

«Sexualisierung» durch Ideologen

Die Website des Luzerner «Kompetenzzentrums» zeigt mit vielen Links, was da auf die Volksschule zukommt:

Kinder jeden Alters – ausdrücklich

auch Vierjährige – werden ermuntert und angeleitet, ihre sexuellen Vorlieben zu entdecken. Durch Berühren und Streicheln sollen sie sich selbst oder Gleichaltrige des eigenen oder andern Geschlechts sexuell erregen...

Abbildungen in den Lehrmitteln, auf die man via Website des «Kompetenzzentrums» stösst, verdeutlichen drastisch, teilweise – weil von Pornographie kaum mehr zu unterscheiden – auch schlicht stossend, woran sich die Ideologen solcher «Sexualerziehung» orientieren. Pädophile dürften daran Freude haben.

Der Beobachter erkennt rasch: Wo derartige «Sexualerziehung» in die Schule getragen wird, werden bald auch Pädophile in Versuchung geraten, sich als Lehrer zu melden.

Gender-Mainstreaming

Das von den Funktionären dieses «Kompetenzzentrums» ausgeheckte Sexualisierungs-Projekt orientiert sich am ideologischen Programm des «Gender-Mainstreaming», das in Unokonferenzen erarbeitet und inzwi-

schen in der Europäischen Union als verbindlich erklärt worden ist. Diese Ideologie bestreitet, dass es bloss zwei, von der Natur bestimmte Geschlechter gibt.

Ein Mädchen soll nicht mehr Mädchen, ein Bub nicht mehr Bub sein dürfen. Das bei der Geburt «zufällig» erhaltene Geschlecht sei aufgezwungen. Schon die Kinder seien anzuleiten, durch sexuelle Selbstentdeckung den Weg zur «freien Wahl des eigenen Geschlechts» zu finden.

Forderungen der Petition

Die breit unterstützte Petition «gegen die Sexualisierung der Volksschule» enthält vier Forderungen: Der Sexualkunde-Unterricht soll erstens der uneingeschränkten Verantwortung der vom Volk gewählten kantonalen Bildungsdirektoren unterstellt werden.

Sexualkunde darf zweitens nicht über die Köpfe der Eltern hinweg in der Form von Sexualerziehung angeordnet werden.

Ein Obligatorium kommt nicht in Frage. Drittens muss auf an Pornographie grenzende Illustrationen in Wort und Bild vollständig verzichtet werden. Und viertens darf die Schule weder zu Sexualpraktiken noch zu Sexspielen Anleitungen vermitteln.

Wir ersuchen Sie: Unterschreiben Sie diese wichtige, noch bis zum 1. Oktober 2011 laufende Petition.

Die Volksschule darf nicht Funktionären mit abartigen Vorstellungen überlassen werden.

Bogen für diese Petition erhalten Sie:

www.volksschul-sexualisierung-nein.ch

Telefon 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

Online-Unterzeichnung ist möglich unter:

www.volksschul-sexualisierung-nein.ch

14 Inserate

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

- ESR-Formulare
- Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

**ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
Fr. 50.- (Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHARENA

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

Oktoberfest
12. Oktober

1 d'Hose für d'Schwiiz!

Eintritt frei!

In der Landihalle Uster

Türöffnung: 17.30 Uhr

Kurzansprache
Anita Borer
Präsidentin JSVP Kt. ZH
NR-Kandidatin

Hauptansprache
Christoph Blocher
a. Bundesrat, SR-Kandidat

Wir freuen uns auf euer zahlreiches Erscheinen!

Bewirtung: 17.30 bis 19.30 Uhr | Reden: ab 19.30 Uhr | Festbetrieb 20.30 bis 23.00 Uhr

Tischreservierungen unter: sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66, Berücksichtigung nach Eingang
Eine Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich, SVP Bezirk Uster, Junge SVP

Impressum

Auflage:	60 000 Exemplare	Druck:	Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Herausgeberin:	Stiftung SVP-Patezeitung	Abonnement:	Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Erscheinungsweise:	12x/Jahr	Mitarbeiter:	Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse:	SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch	Inserate:	Michèle Berger - klartext@svp.ch Bilder: Peter Schaub - mail@peter-schaub.ch

4-TEENS
DAS SCHWEIZER JUGEND MAGAZIN

Wählen Sie das beste CH-Jugendmagazin

Ideal für 12 – 18 jährige Jugendliche. Wissen und Unterhaltung in Einem!
Jetzt ONLINE abonnieren unter: www.4-teens.ch mit Aktionscode: WAHL11

WAHLAKTION!!!
JAHRESABO FÜR NUR CHF 58.- (anstatt 78.-)
(zzgl. Versandkosten)

4-TEENS ist das ehemalige SCHWEIZER JUGEND und seit über 80 Jahren auf dem Markt!



Zahlen und Fakten zur Ausländerpolitik

- Die Gesamtbevölkerung in der Schweiz hat von 1990 bis Ende 2009 um über eine Million Personen zugenommen.
- Der Ausländeranteil ist seit 1980 um die Hälfte gestiegen.
- Alleine im Jahr 2009 sind insgesamt 44'948 Personen eingebürgert worden, das entspricht rund 3% der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung.

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt 65 Franken. Mit einer Spende auf das PC-Konto 60-76254-9 ermöglichen Sie uns weitere Aktivitäten. Herzlichen Dank!

Für die **Nationalratswahlen vom 23.10.2011** empfiehlt Ihnen das parteiunabhängige Informationskomitee PIKOM die folgenden Vorstandsmitglieder zur Wahl:



Thomas Fuchs
Präsident
Nationalrat
Kanton BE, bisher



Sylvia Flückiger
Vizepräsidentin
Nationalrätin
Kanton AG, bisher



Gregor Biffiger
Vorstandsmitglied
Grossrat
Kanton AG, neu

☐ Ich will Mitglied beim PIKOM werden!

☐ Ich bestelle kostenlos _____ Expl. "Zahlen und Fakten zur Ausländerpolitik"

Vorname / Name _____ Telefon _____

Strasse / Nr. _____ Fax _____

PLZ / Ort _____ E-Mail _____

Talon ausschneiden und einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau - Fax 031 981 39 82 - E-Mail pikom@pikom.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee

Machen auch Sie mit beim
PIKOM - die tun was!
www.pikom.ch



Ogilvy & Mather

IN DER REGEL HAT LUXUS SEINEN PREIS. HIER SEHEN SIE DIE AUSNAHME.

Erleben Sie die Extraklasse der JAGUAR XF Modelle mit elegantem Design, sportlicher Fahrdynamik und verbrauchsarmen High-Tech-Motoren. Mit dem attraktiven «Exclusive Paket» bieten wir Ihnen die einmalige Gelegenheit, in die Welt von JAGUAR einzusteigen. Geniessen Sie den grosszügigen Luxus, den Sie sich schon immer gewünscht haben und das zu einem Preis, von dem Sie bisher nur träumen konnten.

Ihr JAGUAR-Fachmann hält einmalige Swiss Deal Angebote für Sie bereit, vereinbaren Sie noch heute eine Probefahrt. www.jaguar.ch



JAGUAR | XF



Masseneinwanderung stoppen

- Damit wir weniger kriminelle und gewalttätige Ausländer in der Schweiz haben!
- Damit wir uns nicht fremd im eigenen Land fühlen müssen!
- Damit Ihre Kinder nicht die einzigen Schweizer in der Klasse sind!
- Damit unsere Sozialwerke nicht ruiniert werden!
- Damit Ihr Lohn nicht sinkt und Sie Ihre Stelle nicht verlieren!

Schweizer wählen SVP

